

Verbände kritisieren Empfehlungen zur Inklusiven Bildung „KMK: Bitte keine heiße Luft!“

Bei einer Pressekonferenz richtete der SoVD und weitere Verbände einen dringenden Apell an die Kultusministerkonferenz (KMK), das gemeinsame Lernen von behinderten und nichtbehinderten Kindern endlich voranzubringen. Die Empfehlungen der KMK zur sonderpädagogischen Förderung, die am selben Tag beraten und beschlossen wurden, kritisierten die Verbände scharf. An der Pressekonferenz nahmen auch Kinder und Eltern teil, die für Interviews zur Verfügung standen.

„Die Kultusministerkonferenz muss das Recht auf Regelschule anerkennen und darf die UN-Behindertenrechtskonvention nicht einfach ignorieren. Behinderte Kinder brauchen ein verbindliches Zugangsrecht, damit sich für sie die Tür zur Regelschule auch wirklich öffnet“, forderte SoVD-Präsidiumsmitglied Edda Schliepack. Für die Verbände seien die vorliegenden KMK-Empfehlungen mehr als enttäuschend, so der Tenor der Pressekonferenz. Das Recht auf Regelschule werde nicht thematisiert. Die KMK gebe keine konkrete Richtung vor und stelle die Interessen der Bundesländer über die der betroffenen Kinder. „Die Empfehlungen folgen dem Prinzip alles kann, aber nichts muss sich ändern“, kritisierte Schliepack.

Viele Unterschiede in den Bundesländern
Dadurch könne jedes Bundesland weiter an seiner eigenen Strategie festhalten.

Familie Riedel:
Die örtliche Grundschule hat NEIN gesagt zur Beschulung.
Jetzt muss Tilman täglich mit dem Taxi zur Inklusion fahren.



An diesem »alten Problem« wird sich auch mit den neuen KMK-Empfehlungen nichts ändern.

Plakate des SoVD mit betroffenen Kindern verdeutlichen die Problematik.

So ist in Baden-Württemberg für Autismus keine spezielle Förderung vorgesehen. Deshalb geht beispielsweise der siebenjährige Max Klemm auf eine private Grundschule, deren Kosten die Eltern tragen. Und das, obwohl die Leitung der Schule in Max Einzugsgebiet ihn willkommen heißen hätte.

Schliepack verdeutlichte die Problematik mit Zahlen: „In Deutschland besuchen nur 18,3 Prozent der behinderten Kinder eine Regelschule. Das heißt, über 80 Prozent werden in Förderschulen unterrichtet. In keinem anderen EU-Land werden mehr behinderte Kinder an Sonderschulen verwiesen als in Deutschland.“

Hannelore Loskill von der

Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Selbsthilfe erklärte: „Wenn Vorkehrungen für Schüler mit Behinderung nicht getroffen oder Hilfsmittel verweigert werden, dann ist das Diskriminierung. Und das ist in Deutschland verboten – nicht erst seit der UN-Behindertenrechtskonvention.“

Die Wichtigkeit des Lernens im sozialen Raum, also den Besuch der Schule um die Ecke, thematisierte Barbara Vieweg, Vorsitzende des Sprecherrates des Deutschen Behindertenrates (DBR): „Eigentlich gilt in Deutschland ‚kurze Füße, kurze Wege‘ – aber nur für Kinder ohne Behinderung. Behinderte Kinder müssen lange Wege, frühes Aufstehen und lange Tage in Kauf nehmen.“ Obwohl der Artikel 24 der UN-Konvention die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft beinhaltet, könnten Kinder mit Behinderung nur in Ausnahmefällen mit ihren Freunden und Nachbarkindern zur Schule gehen.

Sibylle Hausmanns von der BAG Gemeinsam leben – gemeinsam lernen äußerte sich zum Thema Diagnostik: „Wir haben in Deutschland eine Zuweisungsdiagnostik. Das heißt, die Fragestellung lautet: Welcher Sonderschulform ist dieses Kind zuzuordnen?“

Das sei nach der UN-Konvention eigentlich hinfällig, denn jedes Kind habe einen Anspruch auf inklusive Bildung. Die Frage müsse also jetzt lauten: Was braucht das Kind um diesen Anspruch umsetzen zu können? Die Kultusministerkonferenz stelle diese Frage nicht, sondern halte in ihren Empfehlungen an der Zuweisungsdiagnostik fest. Die KMK äußere sich auch nicht dazu, wie notwendige Hilfsmittel zu den Kindern kommen können. „Hier hat der Staat aber eine eindeutige Bringschuld“, stellte Hausmanns klar.

Fest steht: Es gibt dringenden Handlungsbedarf, um das gemeinsame Lernen behinderter und nichtbehinderter Kinder in Deutschland von der Ausnahme zur Regel werden zu lassen. Fest steht auch: Der SoVD und die anderen Verbände der Menschen mit Behinderung werden sich weiterhin vehement für die Verwirklichung der Inklusiven Bildung einsetzen.



Fotos (3): Herbert Schlemmer

Ihre Forderung an die KMK „Bitte keine heiße Luft“ unterstrichen die Vertreterinnen der Verbände bei der Pressekonferenz symbolhaft mit einem Fön. Von links: Hannelore Loskill, Edda Schliepack, Barbara Vieweg und Sibylle Hausmanns.

Herzenswünsche

Spricht man mit Eltern von Kindern mit Behinderung, wird deutlich, dass ihre Wünsche keine Sonderwünsche sind, sondern solche, wie sie wohl alle Eltern haben. Mit dem Unterschied, dass die Erfüllung meist hart erkämpft werden muss.

Wichtiges lokales Netzwerk geht verloren

„Ich würde mir sehr wünschen, dass unser Sohn gemeinsam mit den ihm vertrauten Kindern aus dem Stadtteil in die Schule gehen könnte. Ich setze Ludwig früh morgens ins Taxi (zur Regelschule). Wenn ich fast eine Stunde später seine gleichaltrigen Kameraden am Haus vorbeigehen sehe, denke ich, da sollte er eigentlich dabei sein. Die über Jahre langsam gewachsenen, aber so wichtigen Kontakte zu Kindern und Eltern aus dem Kindergarten gehen verloren, da die täglichen Anknüpfungspunkte nicht mehr da sind. Wir müssen also wieder bei ‚null‘ anfangen. Da wir nicht dort wohnen, wo Ludwig zur Schule geht, ist der Aufbau neuer Kontakte eine noch größere Hürde, als es für ein Kind mit Handicap ohnehin ist.“

Familie Lorenz

Willkommen ohne Kampf

„Wir wünschen uns eine Schule, die sagt ‚Tilman toll, dass du zu uns kommst!‘. Und da gehören nicht nur eine Lehrerin dazu, sondern die Mitschüler, die Eltern und das gesamte Kollegium. Ich habe mir die Förderschule angesehen. Dort hätte man wunderbar für unseren Sohn gesorgt – aber in einem geschützten Raum. Wir möchten Tilman aber so gut es geht auf die ‚real‘ Welt vorbereiten. Wenn ich sehe, wie viel er in der Regelschule bereits gelernt hat – und die anderen Kinder von ihm – dann haben sich unsere vielen Anstrengungen mehr als gelohnt. Aber nicht alle Familien schaffen den langen, harten Weg den wir gegangen sind. Umso wichtiger ist es, dass ein ‚Willkommen ohne Kampf‘ selbstverständlich wird.“

Familie Riedel

Mehr Unterstützung für alle Beteiligten

„Unser Sohn fühlt sich wahnsinnig wohl in der Schule, die auch seine Schwester und Kinder aus seiner Kita besuchen. Aber es war und ist ein harter Weg – für alle Beteiligten. Trotz bereits gekürztem Stundenplan ist die Schulhelferin überlastet. Man erwartet, dass ich auf Abruf bereit stehe. Es gibt wenige Arbeitgeber, die dafür Verständnis haben. Eltern, aber auch Lehrer, brauchen mehr Unterstützung. Stattdessen wird von den Kindern Anpassung gefordert. Beispielsweise wurde gefragt, ob wir den Stuhlgang unseres Sohnes auf den Nachmittag verlegen könnten, weil es besser in den Zeitplan passen würde.“

Familie Atmaca



Der bei der Pressekonferenz gedrehte TV-Beitrag ist auf www.sovd-tv.de abrufbar.



Die UN-Behindertenrechtskonvention beinhaltet keine Sonderrechte, sondern ergänze die Menschenrechte, unterstrich Edda Schliepack.



Unter den Teilnehmern der Pressekonferenz war auch der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Hubert Hüppe (Mitte).

cm